

# nachrichten

## ICG unerwünscht

Präsidentin Megawati Sukarnoputri lehnte die Verantwortung dafür ab, dass Sidney Jones, die Direktorin der Nicht-Regierungsorganisation (NGO) *International Crisis Group* (ICG) in Indonesien, des Landes verwiesen wurde. »Ich habe diese Person Sidney Jones — um ihr Wort zu verwenden — niemals des Landes verwiesen«, sagte sie den Journalisten. De facto wurde das Visum für Sidney Jones nicht mehr verlängert, so dass sie in Kürze das Land verlassen muss. Megawati Sukarnoputri antwortete auf diesen Vorwurf hin: »Ich glaube, ihr Fall wird in Übereinstimmung mit den Regierungsbestimmungen bearbeitet«. Auch das Außenministerium hat die Verantwortung für die Ausweisung von Sidney Jones abgelehnt, die daraufhin anzeigt, dass immer noch nicht jedermann uneingeschränkt seine Meinung äußern kann. Trotzdem räumte Außenminister Hassan Wirayuda ein, dass die Präsenz der ICG seiner Meinung nach nicht förderlich für die Sicherheit Indonesiens sei.

Abdullah Hendropriyono, Chef des indonesischen Geheimdienstes (BIN), hatte kürzlich verkündet, die ICG stehe auf einer Liste von insgesamt 20 NGOs, denen vorgeworfen wird, die Sicherheit des Landes zu gefährden. Der ICG wurde vorgeworfen, Terrorismus als ein Thema darzustellen, das Indonesien permanent bedrohe. Zudem hatte die ICG in mehreren ihrer insgesamt 19 Artikel zum Terrorismus in Indonesien dem BIN unterstellt, zu wenig gegen terroristische Aktivitäten vorzugehen.

vgl. *The Jakarta Post*, 31.5.2004

Am 5. April 2004 fanden die Parlamentswahlen in Indonesien statt, die als die weltweit kompliziertesten gelten. An nur einem Tag wurden Vertreter für das Nationalparlament (DPR), das Provinzparlament (DPRD I), das Regionalparlament (DPRD II) und den Regionalrat sowie eine neue zweite Parlamentskammer gewählt. Laut internationalen Wahlbeobachtern war die Wahl transparent und fair. Die Wahlbeteiligung lag zwar niedriger als bei den letzten Wahlen, sie war aber mit 87 Prozent immer noch hoch.

Der größte Verlierer der Wahlen war die jetzige Regierungspartei PDI-P, da sie die meisten Stimmen einbüßte. Die PDI-P fiel von über 30 Prozent auf 18,53 Prozent. Golkar erzielte mit 21,58 Prozent etwa gleich viele Stimmen wie bei den letzten Wahlen und war damit Wahlsieger. Die PKB, die PPP, die erst kürzlich von Bambang Yudhoyono gegründete PD und die muslimische Partei PKS gewannen respektive 10,57 Prozent, 8,15 Prozent, 7,45 Prozent und 7,34 Prozent. Als größte Gewinner der Wahlen werden die muslimische Partei PKS und die PD von Bambang Yudhoyono angesehen. Analysen zeigten, dass die vier größten Parteien

Am 25. Mai 2004 wurden insgesamt vier Bombenanschläge in Ambon verübt. Dabei wurde ein Mann getötet und 16 Menschen verletzt. Soenarko Danu Ardanto, der Sprecher des nationalen Polizeihauptquartiers, sagte, die Bomben seien auf dem Batu Meja Markt, in der Marantha Kirche, dem Indojoya Supermarkt und dem Ambon Steuerbüro explodiert. Die Schuldigen wurden noch nicht ausfindig gemacht; allerdings gibt es laut Leonidas Braksan, dem Polizeichef Ambons, mehrere Hinweise darauf, dass es sich bei den Tätern um Mitglieder der Coker Gang handelt. Diese Gang wird auch mit den Bombardierungen des Schiffes *California* und des Dor-

## Neues Parlament gewählt

(Golkar, PDI-P, PKB und PPP) größtenteils von Wählern mit geringerer Bildung vom Lande gewählt wurden, während städtische, gebildete Wähler die PKS und DP bevorzugten.

Nun bereiten sich die Parteien auf die Präsidentschaftswahl im Juli vor. Zum ersten Mal in der Geschichte Indonesiens werden Präsident und Vizepräsident direkt gewählt. Insgesamt treten fünf Paare gegeneinander an. Die amtierende Präsidentin Megawati Sukarnoputri geht mit Hasyim Muzadi ins Rennen, dem Vorsitzenden der traditionalistischen Muslim-Organisation Nahdlatul Ulama, Vizepräsident Hamzah Haz tritt mit dem ehemaligen Verkehrsminister Agum Gumelar an. Susilo Bambang Yudhoyono, ein pensionierter General und ehemaliger Sicherheitsminister, der sich in den indonesischen Medien besonders profilierte, hat sich Jusuf Kalla, dem ehemaligen Minister für soziale Angelegenheiten, als möglichen Vizepräsidenten ausgesucht. Amien Rais, der von der modernistischen Muslim-Organisation Muhammadiyah unterstützt wird, kandidiert gemeinsam mit Siswono Yudohusodo, dem ehemaligen Minister für Transmigration. Der umstrittenste Präsidentschafts-

kandidat ist Ex-General Wiranto, dem vorgeworfen wird, die Menschenrechte in Osttimor verletzt zu haben. Er tritt mit Solahuddin Wahid an, der auch stellvertretender Vorsitzender der nationalen Menschenrechtsorganisation Komnas HAM ist und ebenso wie sein Bruder Abdurrahman Wahid Verbindungen zu der größten Muslim-Organisation Nahdlatul Ulama hat. Seine Kandidatur mit dem umstrittenen Präsidentschaftskandidaten begründet er indirekt durch den fünften Punkt seiner Agenda, der nationalen Aussöhnung. Zudem verteidigte er Wiranto und sagte, die Komnas HAM habe keinerlei Beweise dafür, dass er Menschenrechtsverletzungen begangen habe. Der ehemalige Präsident Abdurrahman Wahid erfüllte die Gesundheitskriterien nicht und musste demzufolge vorzeitig das Rennen um das Amt des Präsidenten abbrechen.

Die größten Chancen werden dem Paar Yudhoyono und Kalla eingeräumt, da ersterem großes Charisma zugesprochen wird, das ihn möglicherweise für viele Wähler attraktiv macht.

vgl. *Kompas*, 11.5.2004, *The Jakarta Post*, 21.5.2004, *The Jakarta Post* 31.5.2004

## Anschläge in Ambon

fes Soya in Verbindung gebracht, die im Jahre 2002 stattfanden. Die Gang hat ihr Hauptquartier in der Gegend von Kudamati in Ambon, einer Gegend, die auch von der Befreiungsfront Molukken (FKM) als Hauptquartier genutzt wird, die wiederum die separatistische Bewegung Republik Südliche Molukken (RMS) unterstützt. Gemäß Angaben der Polizei sollen die Bombardierungen, die sehr professionell durchgeführt worden sind, als Abschreckung der Bevölkerung gedient haben. Am 29. Mai wurde ein Verdächtiger namens Frederik Tulaseket festgenommen. Seine Verbindung zu den Bombenanschlägen konnte bisher noch nicht bestätigt werden.

Der nationale Polizeichef Dai Bachtiar gab zu, dass die Polizei zurzeit nicht alle Gegenden in Ambon sichern könne. »Die Bomben werden immer in Regionen deponiert, in denen wenige Polizeikontrollen durchgeführt werden. Deshalb hoffen wir, dass die Bevölkerung in der Lage sein wird, Informationen hinsichtlich des Tatbestands weiterzugeben«, so Bachtiar. Er war jedoch überzeugt, dass das Sicherheitspersonal schon bald die Situation in Ambon unter Kontrolle haben würde, insbesondere da künftig mehr Sicherheitspersonal in Ambon eingesetzt wird.

vgl. *Tempo*, 25.4., 28.4.2004

## TNI muss neutral bleiben

Endriartono Sutarto, Chef der indonesischen Armee, erklärte am 31. Mai 2004, dass die Tentara Nasional Indonesia (TNI) in den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen neutral bleiben müsse. Sutarto sagte, er hoffe, diese Instruktion werde künftig von allen Mitgliedern des Militärs befolgt. »Wenn ich irgend jemanden finde, der nicht neutral ist, und feststelle, dass sein Vorgesetzter davon weiß, aber nichts dagegen tut, werde ich Sanktionen gegen beide verhängen«, so Sutarto. Zudem warnte er alle Einheiten der TNI davor, die Ausstattung der Armee dafür zu nutzen, Aktivitäten durchzuführen, die im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl stehen. »Ich möchte nicht sehen, dass TNI-

Fahrzeuge oder -Gebäude für Kampagnen genutzt werden«, erklärte er. TNI Offiziere wurden ferner angewiesen, keine Kampagnen durchzuführen oder irgendeinen der Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidaten zu unterstützen. Auch Kommentare hinsichtlich der Kandidaten seien zu unterlassen.

Hintergrund dieser Anweisung ist unter anderem, dass drei der Präsidentschaftskandidaten (Wiranto, Susilo Bambang Yudhoyono und Agum Gumelar) aus militärischem Umfeld stammen und schon mehrfach Demonstrationen innerhalb Indonesiens gegen eine zu starke Machtposition des Militärs in der Politik stattgefunden haben. Endriartono

sagte deshalb weiterhin: »Ich hoffe, dass Kandidaten mit einem militärischen Hintergrund davon Abstand nehmen, auf die Institution der TNI Einfluss zu nehmen – und ich hoffe, sie werden dazu in der Lage sein, da sie auch Pioniere der internen Reform der TNI sind... sie sollten verstehen, was es bedeutet, die TNI aus der Politik herauszuhalten«. Endriartono hatte bereits letztes Jahr die Truppen im ganzen Land aufgefordert, vor, während und nach den Wahlen neutral zu bleiben. Er hatte sogar Soldaten nahegelegt, nicht zu wählen und argumentierte, Soldaten hätten nicht die Erfahrung, ihre politischen Rechte auszuüben. TNI-Personal durfte ehemals nicht wählen, bekam

# nachrichten

aber Sitze in der Beratenden Volksversammlung (MPR) und dem Parlament (DPR). Der MPR hatte jedoch beschlossen, die Sitze der TNI bzw. der Polizei im Parlament ab dem Jahre 2004 und im MPR im Jahre 2009 abzuschaffen.

vgl. *Tempo*, 01.06., *The Jakarta Post*, 01.06.2004

## Weniger Arbeitsgenehmigungen für das Ausland

Präsidentin Megawati Sukarnoputri forderte lokale Regierungen und Firmen für Arbeiterdienstleistungen auf, nicht mehr so viele Arbeitsgenehmigungen ins Ausland auszustellen und die Fähigkeiten der Arbeiter zu verbessern. Die Präsidentin sprach diese Forderung in Folge der Gewalt und Folter aus, denen mehrere Arbeiterinnen im Ausland ausgesetzt waren. Insbesondere der Fall der Nirmala Bonet, die von ihrem Arbeitgeber in Malaysia gefoltert worden war, ging kürzlich durch die Presse. »Manchmal sind wir auch die Ursache für das Problem, da wir Arbeiter aus Indonesien einfach so abreisen lassen. Deshalb fordere ich, dass dies nicht wiederholt wird«, so Megawati Sukarnoputri am 26. Mai 2004. Sie sagte weiter, sie bedauerte die Tatsache, dass die Öffentlichkeit die Regierung immer nur kritisiere, wenn Verstöße gegen die Arbeiter bereits stattgefunden hätten. Die Regierung könne nicht alle Probleme selbsttätig lösen, so die Präsidentin. Vielmehr sei es auch die Rolle der Öffentlichkeit, auf Missstände hinzuweisen.

vgl. *Tempo*, 26.5.2004

## Aceh: Ziviler Notstand löst Kriegsrecht ab

Am 19. Mai 2004 hat Präsidentin Megawati Sukarnoputri das Kriegsrecht in Aceh, das genau ein Jahr gültig gewesen war, durch den zivilen Notstand ersetzt. Trotzdem wird sich de facto laut Einschätzungen von Experten nicht viel an der Situation in der Unruheprovinz ändern. Die in der nördlichsten Provinz Sumatras stationierten 40.000 Soldaten und Polizisten sollen weiter GAM-Rebellen jagen. Bisher wird die Offensive seitens des Militärs als Erfolg gewertet. Angeblich kontrolliere die Armee die GAM mit Ausnahme von elf Dörfern.

Die Präsidentin benannte Gouverneur Abdullah Puteh als Verwalter. Diese Entscheidung könnte bei der acehnesischen Bevölkerung Unwillen hervorrufen, da Puteh beschuldigt wird, in mehreren Fällen Amtsmissbrauch betrieben zu haben. Ihm wird zur Last gelegt, den Preis für einen gebrauchten russischen Helikopter und eine gebrauchte Druckerpresse für die Verwaltung heraufgesetzt und 53 Fahrzeuge für lokale Berater besorgt zu haben. Aus diesem Grund hatte man seinen Rücktritt gefordert. Der Befehlshaber der Armee Sutarto Endriartono erklärte, es wür-

de dem Sinn für Gerechtigkeit widersprechen, Puteh als Gouverneur zu benennen. »Das ist unsere Hauptsorge«, sagte er während einer Anhörung.

Dennoch blieb die Präsidentin bisher bei ihrer Entscheidung, Puteh einzusetzen. Sie erklärte weiterhin, sie werde ein Team zusammenstellen, das den Gouverneur in der Durchführung seiner Aufgaben unterstützen werde. Artikel fünf des Präsidentschaftsdekrets Nr. 43/2004, das am 19. Mai in Kraft getreten ist, fordert vom Gouverneur, jede Anweisung der Zentralregierung zu befolgen. Gemäß des Dekrets muss jede Entscheidung, die er fällt, mit den lokalen Funktionären, inklusive des Befehlshabers der Truppen in Aceh, abgesprochen werden. Der Gouverneur hat die Aufgabe, die Sicherheit in Aceh wieder herzustellen. Das Dekret bleibt für ein halbes Jahr gültig, kann aber je nach Lage vorher aufgehoben werden. Eine Verlängerung ist ebenfalls denkbar.

vgl. *The Jakarta Post*, 19.5.2004

## Handel mit Korea

Die südkoreanische Republik verhandelt derzeit mit der indonesischen Regierung. Sie hat mehrere in Indonesien hergestellte Flugzeuge des Typs 30-CN-235 für militärische Zwecke bestellt, und Indonesien plant im Gegenzug, zwei in Südkorea produzierte U-Boote zu erwerben. Denn Indonesien verfügt lediglich über zwei U-Boote, die über 20 Jahre alt sind. Vielleicht wird Korea noch andere Flugzeuge abkaufen. »Ich weiß es nicht genau, da die Verhandlungen zwischen den Regierungen stattfinden. Ich habe nur den Ratschlag erteilt, die koreanischen U-Boote zu kaufen, da sie meiner Meinung nach sehr gut sind«, sagte Bernard Kent Sondakh, Chef der indonesischen Marine. Seiner Einschätzung nach benötigt Indonesien mindestens acht bis zwölf U-Boote, um die indonesischen Gewässer zu sichern. Jedoch würde eine solche Anschaffung das Budget sprengen. Allein die zwei neuen U-Boote würden den Staat 300 Millionen US-Dollar kosten, so Kent.

vgl. *Tempo*, 25.5.2004